

um innovative Ideen nämlich, auf dem die Entwicklungsmöglichkeiten jeder Marktwirtschaft beruhen. Sind Unternehmen nur deshalb international konkurrenzfähiger als andere Anbieter, weil sie daheim weniger Steuern zahlen, die Umwelt mehr verschmutzen, mit Hungerlöhnen moderne Sklaverei betreiben oder aus anderen Ländern hoch qualifizierte Arbeitskräfte heranziehen, in deren Ausbildung sie keinen Cent Steuern investiert haben, dann handelt es sich wieder um einen Vernichtungskampf nach dem Motto »jeder gegen jeden«, der auf Dauer niemandem nützt, weder den Menschen hier noch anderswo.

Alle Menschen brauchen einen soliden öffentlichen Kapitalstock, der neben Infrastruktur, innerer Sicherheit, der öffentlichen Verwaltung und dem Bildungssystem auch aus sauberer Umwelt und – last but not least – aus dem gesellschaftlichen Zusammenhalt der Menschen in einer arbeitsteiligen Wirtschaft besteht. Letzterer aber beruht vor allem auf Chancengleichheit und Verteilungsgerechtigkeit, die man nicht einfach aufgeben darf, wenn man nicht auch alles Übrige gefährden will.

Deutschland ist keine Insel der Seligen. Hiesige Unternehmen stehen in der Tat im Wettbewerb mit Firmen aus anderen Ländern. Aber sie müssen ihn mittels innovativer Ideen bestehen. Erst dann kommt marktwirtschaftlicher Wettbewerb allen zugute. In Sachen Staatsdumping oder Lebensstandarddumping sollten wir unbedingt die rote Laterne anstreben.

Die angemessenen Antworten

Wer klare und einfache Diagnosen hat, hat in der Regel auch klare und einfache Therapien. Wer sich von Ursachenanalyse leiten lässt, die so weit von vorgefassten Vermutungen frei ist, wie es menschenmöglich ist, geht nicht systematisch fehl. Wer an Ideologien glaubt, wird immer wieder in die Situation kommen, dass er sich fragen muss, ob es nicht besser wäre, ein realistisches Weltbild zu entwickeln, statt sich die Wirklichkeit zurechtbiegen zu müssen. Dass die Ideologien, die die deutsche Wirtschaftspolitik in den letzten 30 Jahren prägten, gescheitert sind, war schon länger klar. Dass sie aber so weit das politische Denken und Handeln bestimmen, dass Deutschland sich international isoliert und die gesamte europäische Einigung infrage stellt, ist eine fatale Entwicklung.

Spekulation auf allen Märkten konsequent unterbinden

Eine der für die Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts entscheidenden Weichenstellungen wird die Finanzmärkte betreffen. Dort sind die Dinge fundamental schiefgelaufen, und man muss sie ein für alle Mal bereinigen. In diesen Tagen hört man oft die resignierende Aussage, man könne letztlich gegen spekulative Blasen, das Platzen dieser Blasen und die Folgen des Platzens dieser Blasen nichts tun. Es liegt sozusagen in der menschlichen Natur, sich in

Spekulationen zu engagieren, und wenn man dies aus dem System entferne, beschädige man die Marktwirtschaft. Nichts kann falscher sein!

Marktwirtschaft ist nicht das System, in dem jeder tun und lassen kann, was er will, sondern Marktwirtschaft, so wie ich sie verstehe, ist ein dienendes Element, aber nur *ein* Element in einer funktionierenden Demokratie. Es war nur der Finanzmarkteuphorie der letzten Jahrzehnte zuzuschreiben, die uns hat vergessen lassen, dass wir nach dem Zweiten Weltkrieg in einer Phase fast nicht vorhandener Spekulation eine echte Blüte des marktwirtschaftlichen Systems erlebt haben.

Was lange übersehen wurde: Diese Blüte des marktwirtschaftlichen Systems war die unmittelbare Folge des dramatischen Kollapses der gesamten Weltwirtschaft zu Beginn der 30er Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Nur weil nach der großen Depression die wichtigsten Regierungen die Finanzmärkte strikt reguliert und auch international verhindert haben, dass mit der Nichtregulation der globalen Märkte Schindluder getrieben wurde, hat es das Wirtschaftswunder auf der gesamten Welt gegeben. Anders gewendet: Ohne das System von Bretton Woods und die amerikanische Regulierung der Finanzmärkte hätte es das deutsche Wirtschaftswunder nicht gegeben.

Nichts außer der Beeinflussbarkeit durch die Finanzmärkte selbst hindert die Regierungen dieser Welt daran, etwas Ähnliches wieder zu tun. Dazu muss zunächst der große globale Rahmen stimmen. Die entscheidende Voraussetzung für ein weitgehend spekulationsfreies internationales System ist die Beendigung, und zwar die vollständige Beendigung, der Spekulation mit Währungen. Der Wechselkurs zwischen Währungen ist nach dem Zins der wichtigste Preis in einer normalen offenen Volkswirtschaft. Wechselkurse von Währungen bewegen nicht nur einige wenige Preise, sie bewegen die gesamte Palette der Außenhandelspreise in zwei Ländern. Eine unvorstellbare Ignoranz der wirtschaftspolitischen Verantwortlichen kommt in der Tatsache zum Ausdruck, dass sie einerseits das internationale Handelssystem zur heiligs-

ten aller Kühe erklärt haben, andererseits aber das Währungssystem, das mehr Einfluss auf den internationalen Handel als irgendetwas anderes hat, vollkommen vernachlässigen.

Ein neues Währungssystem installieren

Wie lächerlich die Versuche der Politik in allen möglichen Gremien sind, Einfluss auszuüben auf ein vernünftiges Design der internationalen Ordnung, zeigt das globale monetäre Problem. Solange dieses monetäre Problem nicht gelöst ist, löst man auch kein anderes. Die Ignoranz der Regierungen über viele Dekaden lässt sich leicht an einer Anekdote veranschaulichen. Mitte der 1980er Jahre kam ich zum ersten Mal nach Genf, um für das Bundeswirtschaftsministerium in dem damaligen GATT, also der Institution, die für die internationalen Handelsverträge zuständig war und heute von der Welthandelsorganisationen WTO abgelöst ist, Berichte über die laufenden Verhandlungen zwischen den Nationen zu schreiben. Nach kurzer Zeit schon war klar, dass in Genf über die Einwirkungen des monetären Systems auf den Handel überhaupt nicht gesprochen wurde. Ich schrieb daraufhin einen Aufsatz zum Thema »Freihandel, Gatt und das internationale Währungssystem«. Darin kam ich zu folgendem Ergebnis:

Der Austausch von Gütern und Diensten in der Welt sieht sich schweren Bedrohungen gegenüber. Mag auch das Volumen dieses Austauschs in jüngster Zeit wieder ansteigen, es spricht vieles dafür, dass der Welthandel weniger, als er es einmal war, und ganz sicher sehr viel weniger, als er es sein könnte, eigenständige Quelle der Verbesserung der Lebenssituation der Menschen ist. Die Klagen darüber sind nicht knapp. Doch sie helfen nicht weiter. Die Lage des Welthandels wird nicht dadurch verbessert, dass die einen ihr schlichtes Credo »Freihandel« den »Interessen« anderer an der Begrenzung des Freihandels entgegenhalten. Noch weniger führt die nahezu selbstverständlich gewordene »politische« Praxis weiter, in bester merkantilistischer Tradition »Interessen« danach festzulegen, ob man selbst

einen großen Teil des Handels oder womöglich bilaterale oder multilaterale Handelsüberschüsse bei bestimmten Produkten sein Eigen nennen kann. Ebenso bleiben alle internationalen Verhandlungen steril und unwirksam, solange diese »wirtschaftlichen Interessen« als gegeben hingenommen und lediglich im Hinblick auf gegenseitige Aufrechenbarkeit einander gegenübergestellt werden. Ohne eine fundamental andere und tiefer gehende Analyse der Gesamtheit des wirtschaftlichen Prozesses hat auch der Freihandel keine Chance. Das Problem des Freihandels – wie vieler anderer drängender Fragen – ist nicht in erster Linie ein Problem des Einflusses übermächtiger Interessen, die rationale Lösungen zugunsten der Durchsetzung von Gruppenzielen verhindern. Das Problem des Freihandels – ebenso wie das eines wirksamen Umweltschutzes oder eines besseren Verständnisses der Veränderung des Einsatzes von Arbeit und Kapital im Produktionsprozess – ist ein Problem des Denkens, der Nichtexistenz einer validen ökonomischen Erklärung der die Diskussion beherrschenden wirtschaftlichen Phänomene.

Weil in monatelangen Verhandlungen im GATT sich praktisch niemand für die Frage interessierte, ob das monetäre System irgendwelche negativen Auswirkungen hat, fragte ich mich ständig, wie es sein kann, dass so viele gutausgebildete Menschen sich tagtäglich mit einem System so ernsthaft beschäftigen konnten, das so geringe praktische Relevanz hatte. Und ich fragte mich in der Tat, ob ich vielleicht vollkommen falsch liege in meiner Einschätzung. Da ergab es sich, dass ich in einer Sitzung des Allgemeinen Rates dieses Gremiums die Rede des damaligen jamaikanischen Botschafters namens King (den Vornamen habe ich leider vergessen) hörte. In seiner Rede beklagte Botschafter King heftig, dass diese Organisation nicht bereit sei, sich der Tatsache zu stellen, dass der Handel massiv monetär gestört würde und dass es auch keine andere globale Institution gäbe, die dafür zuständig wäre. Ich konnte es nicht glauben.

Es gab noch jemanden außer mir, der dieses Problem nicht nur sah, sondern auch laut und offen ansprach. Ich war sehr eupho-

risch und dachte, es müsse jetzt eine ernsthafte Diskussion stattfinden über diese geradezu revolutionäre Erkenntnis. Weit gefehlt. Die Rede des Botschafters wurde hingenommen, und man ging zur Tagesordnung über. Ich hatte später die Gelegenheit, kurz mit dem Botschafter zu sprechen und ihm meine Bewunderung auszudrücken, aber er war schon damals hoch frustriert. Er sagte, das sei nicht das erste Mal gewesen, dass er versucht habe, etwas mehr Rationalität in die internationale Handelsdebatte zu bringen. Aber immer ohne jeden Erfolg.

Im Jahr 2000, also 15 Jahre nach meinem ersten Zusammentreffen mit dem internationalen Handelssystem, kam ich wieder nach Genf. Mittlerweile war das Europäische Währungssystem gegründet worden, aber die internationale Währungsordnung lag weiter in Trümmern. Immerhin aber gab es doch ganz dramatische Entwicklungen zur Kenntnis zu nehmen, wie sie in der Asien- und in der Lateinamerikakrise zum Ausdruck gekommen waren. Also war ich wieder relativ optimistisch, in Genf wenigstens den einen oder anderen zu treffen, der meine Thesen verstehen würde. Wiederum weit gefehlt. Zwar war die Organisation, für die ich seither arbeite, UNCTAD, vollkommen offen für diese Fragen und hatte unter dem Stichwort Kohärenz schon selbst darüber gearbeitet, die Welthandelsorganisation allerdings war genauso ignorant und borniert dieser Frage gegenüber wie 15 Jahre zuvor.

Gleichwohl begannen die USA zwei Jahre später eine heftige Diskussion um die vermeintliche Unterbewertung der chinesischen Währung. Weil die Währung unterbewertet sei, gebe es, so argumentierten sowohl die Bush- als auch später die Obama-Administration, eine massive Verzerrung der Handelsströme, und China müsse deutlich aufwerten, um diese Verzerrung zu beseitigen und einen Beitrag zum Abbau der globalen Ungleichgewichte zu leisten.

Aber selbst dann, als diese Diskussion in großer Intensität aufblühte, war niemand bereit, dieses Thema systematisch mit der Handelsfrage in Genf zu verbinden. Ist es wirklich die Dummheit unserer Regierenden, die es nicht schaffen, trotz eindeutiger Bei-

spiele allgemeine Lehren aus dem monetären Chaos für den internationalen Handel zu ziehen? Oder sind sie alle bestochen von den Finanzmärkten, die mit Währungen mehr Geld als mit irgendetwas anderem verdienen? Ich habe darauf keine Antwort. Wie dem auch sei, das eine ist so schlecht wie das andere. Weder die Dummheit noch die Macht der Finanzmärkte lassen sich über Nacht beseitigen. Dennoch müssen wir auch hier weiter für vernünftige Lösungen arbeiten. Und die vernünftige Lösung liegt ganz nah: Die vernünftige Lösung, wie sie im *Trade and Development Report* der UNCTAD 2009 beschrieben wurde, löst mehrere Probleme gleichzeitig.

Wenn die Welt sich entschließen würde, das Währungssystem möglichst handelsneutral zu machen, müsste man dafür sorgen, dass die nominalen Wechselkurse weitgehend den Inflationsdifferenzen der Länder folgen. Das ist überhaupt nicht revolutionär. Das ist das, was jedes Lehrbuch der Volkswirtschaftslehre von funktionierenden Devisenmärkten erwartet. Dann wäre die Größe, die Ökonomen den realen Wechselkurs nennen, jederzeit konstant. Der reale Wechselkurs (das ist die Inflationsdifferenz zwischen zwei Ländern plus oder minus der Wechselkursänderung in der gleichen Periode) ist das entscheidende Maß für Wettbewerbsfähigkeit zwischen Volkswirtschaften. Wäre dieser reale Wechselkurs konstant, würde ein Land mit hohen Inflationsraten systematisch entsprechend der Inflationsdifferenz abwerten und damit nicht an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber seinen Handelspartnern verlieren. Andererseits wäre es nicht möglich, dass Länder durch Gürtel-enger-Schnallen versuchen, anderen Ländern Marktanteile abzujagen.

Weil es so viele Missverständnisse hinsichtlich der Frage der internationalen Wettbewerbsfähigkeit gibt, lohnt es sich an dieser Stelle, noch einmal ganz genau zu argumentieren. Otto Normalverbraucher oder besser gesagt: Otto Normalunternehmer wird gegen ein solches Währungsregime bzw. eine solche Begründung für ein Währungsregime und eine solche Ausgestaltung einwenden, es könne doch nicht Aufgabe irgendeines internationalen

Ordnungsrahmens sein, die Veränderung von Wettbewerbspositionen zu verhindern. Schließlich kämpfe sein Unternehmen jeden Tag um steigende Wettbewerbsfähigkeit und zunehmende Marktanteile. Das sei doch gerade das Wesen der Marktwirtschaft und des ihr innewohnenden Wettbewerbsprinzips, dass sich jeder anstrengen müsse, um besser zu sein als die Konkurrenz. Nur das treibe den technischen Fortschritt voran. Wenn also ein Land unfähig sei, im Wettbewerb mitzuhalten, dann könne es doch nicht durch Währungsmanipulationen eine Art Käseglockenschutz erhalten. Und, so der Unternehmer weiter, ihm sei es egal, ob mangelnde Wettbewerbsfähigkeit auf einem veralteten Kapitalstock oder auf der Unfähigkeit der Arbeitnehmer eines Landes beruhe, das rechte Maß bei den Lohnabschlüssen zu finden. Wenn ein Land seine Inflationsrate nicht in den Griff bekomme, dann müssten das seine Unternehmen und letzten Endes seine Bevölkerung eben durch sinkende Marktanteile zu spüren bekommen. Das sei von einem Gutmenschenstandpunkt aus gesehen vielleicht unerfreulich, aber auf die Dauer die einzige Sprache, die die Leute, vor allem die Gewerkschaften als Inflationsverursacher, verstünden. Sein Unternehmen ginge auch sang- und klanglos unter, würde er sich dauernd mehr Einkommen genehmigen, als er erwirtschaftet habe.

Was ist falsch an dieser Argumentation? Nun, sie übersieht vor allem, dass eine von Inflationsdifferenzen gesteuerte systematische Abwertung einer Währung, wie sie das vorgeschlagene Währungsregime mit sich brächte, dem entsprechenden Land und seinen Unternehmern keine ungerechtfertigten Handelsvorteile verschafft bzw. die ausländische Konkurrenz nicht ungerechtfertigt benachteiligt, wie das der einzelwirtschaftlich an die Sache herangehende Unternehmer glaubt. Der hält ja die Marktanteilsverluste des stärker von Inflation geplagten Landes bei fehlender Wechselkursanpassung für gerechtfertigt. Warum liegt er mit dieser Ansicht daneben?

Stellen wir uns einmal vor, in zwei Ländern A und B herrsche die gleiche Ausgangssituation: Zwei Unternehmen produzierten

mit dem gleichen Kapitalstock und der gleichen Anzahl Beschäftigter zu gleichen Zins- und Lohnbedingungen und konkurrierten auf dem Weltmarkt so miteinander, dass jeder 50 Prozent Marktanteil habe. Nun steige in Land A die Inflationsrate schneller als in B, weil in A die Lohnabschlüsse höher ausfallen als in B. Dann muss das Unternehmen aus dem Land A, wenn der Wechselkurs unverändert bleibt, teurer anbieten als das Unternehmen aus B. Dadurch sinkt der Marktanteil des Unternehmens aus A. Ist das realwirtschaftlich sinnvoll? Offenbar nicht, denn technologisch sind die beiden Unternehmen immer noch identisch. Es wäre also keine Benachteiligung des Unternehmens aus Land B, wenn Land A seinen Wechselkurs entsprechend der Inflationsdifferenz gegenüber Land B abwertete. Umgekehrt handelte es sich um einen ungerechtfertigten Vorteil für das Unternehmen aus Land B, wenn nichts dergleichen geschähe. Das käme einer Subventionierung seines Warenangebots auf dem Weltmarkt gleich. Natürlich ist das Unternehmen aus B nicht »Schuld« an dieser Situation, die auf den Ergebnissen der Lohnverhandlungen in A beruht. Aber der Unternehmer aus B sollte sich auch nicht beschweren, wenn durch ein Währungsregime gewährleistet wird, dass ihm ungerechtfertigte Vorteile nicht zuteil werden.

Beruht die Inflationsratendifferenz zwischen den beiden betrachteten Ländern hingegen auf Lohnverhandlungsergebnissen, die in B zu einer Inflationsrate führt, die unterhalb der Zielgröße seiner Zentralbank liegt, während A die gleiche Zielinflationsrate sozusagen korrekt erreicht, dann dürfen sich die Unternehmer aus B erst recht nicht über ein Währungsregime beschweren, das ihnen keine solchen selbst produzierten, man könnte auch sagen: ergaunerten Handelsvorteile gönnt.

Doch es gibt noch einen anderen Strang in der zu Anfang beschriebenen fiktiven Argumentation unseres Unternehmers gegen ein Weltwährungsregime, den es näher zu betrachten lohnt. Dort wurde unterstellt, es mache keinen Unterschied, ob ein Land beim Wettbewerb nicht mithalten könne wegen zu hoher Löhne oder wegen eines veralteten Kapitalstocks, d. h. zu geringer Pro-

duktivität. Das ist aber sehr wohl ein entscheidender Unterschied. Einen veralteten Kapitalstock kann kein Währungsregime der Welt in dem Sinne ausgleichen, dass es dem betreffenden Land durch laufende Abwertungen beliebigen Zugang zu den Weltmärkten verschafft. Hat das Land keine Produkte anzubieten, die auf dem Weltmarkt gefragt sind, auch nicht zu noch so – durch Abwertung erreichten – niedrigen Preisen, dann kann das Land eben nicht am internationalen Handel teilnehmen. Wer nichts anzubieten hat, kann auf Dauer auch nichts einkaufen bei anderen. Er muss autark zurechtkommen. Das war zu Zeiten des Ostblocks für viele Länder östlich des Eisernen Vorhangs der Fall. Der Großteil der westlichen Verbraucher wollte eben keine Trabbis fahren, auch wenn sie noch so billig angeboten worden wären. Und der Großteil der östlichen Verbraucher hätte sich auch lieber hinter das Steuer eines Volkswagens gesetzt, wenn sie denn die dazu nötigen Devisen zur Verfügung gehabt hätten. Hatten sie aber nicht. Also fand kein entsprechender Handel statt.

An diesem Vergleich merkt man sofort, dass das nicht das Problem ist, vor dem die südeuropäischen Länder stehen. Sie haben einen über Jahrzehnte durch privatwirtschaftliche wie öffentliche Entscheidungen gewachsenen privaten wie öffentlichen Kapitalstock, der am Weltmarkt gefragte Produkte herstellen kann. Wenn wir Deutschen diese Länder allerdings nur lange genug industriell destabilisieren, indem wir sie mit unseren durch Lohn-dumping konkurrenzlos billigen Gütern so überschwemmen, dass ihr eigener Kapitalstock mangels Auslastung nicht mehr erneuert wird, dann werden wir diese Länder tatsächlich auf einen dem Ostblockdasein ähnlichen Dinosaurierstand in Sachen Technologie zwingen. Dazu passt, dass wir gleichzeitig auch noch durchsetzen, dass via öffentlichem Sparen der öffentliche Kapitalstock verfällt.

Es steht aber nicht zu befürchten, dass sich die Menschen in diesen Ländern das so ohne Weiteres gefallen lassen. Vor die Wahl der drei Möglichkeiten gestellt, entweder zum Aufrechterhalten der EWU und des Freihandels auf die Transferalmsen eines kolo-

nialistisch auftrumpfenden Deutschlands angewiesen zu sein oder sich autark durchschlagen zu müssen oder eben die EWU verlassen zu müssen und den Freihandel aufzukündigen, wird sich die Bevölkerung in den bedrängten Ländern für den dritten Weg entscheiden. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis sich diese drei Möglichkeiten klar und verständlich herumgesprochen haben. Irgendwann werden auch die Politiker in Südeuropa das erkennen und sich nicht mehr nach dem Willen irgendwelcher EU-Gremien und des IWFs richten, sondern nach dem ihrer eigenen Bürger.

In einem System mit richtig angepassten Wechselkursen wäre die deutsche Lohnzurückhaltung der vergangenen zehn bis 15 Jahre niemals zu einer Belastung für die anderen Länder geworden. In dem Tempo und in dem Ausmaß, wie die deutsche Lohnpolitik hinter der in anderen Ländern zurückgeblieben wäre (jeweils im Verhältnis zur nationalen Produktivität), hätte sich der Wechselkurs der D-Mark aufwerten müssen. Wären also die deutschen Löhne, nominal gerechnet, nur so stark gestiegen wie die deutsche Produktivität, wären also die sogenannten Lohnstückkosten unverändert geblieben, während in anderen Ländern die Löhne um, sagen wir, drei Prozent über der Produktivität gelegen hätten, wäre die D-Mark jeden Monat, alle drei Monate oder jedes Jahr um drei Prozent aufgewertet worden. Das hätte dafür gesorgt, dass die deutschen Produkte trotz der Lohnzurückhaltung gegenüber dem Ausland gleich teuer oder gleich billig geblieben wären. Das ist der zentrale Zusammenhang, um den es im Verhältnis von Handelssystem zu Währungssystem geht.

Jeder Verstoß gegen die Logik dieser Regel führt auf Dauer zu unhaltbaren Situationen. Das ist das, was wir gerade in diesem Jahr innerhalb des Europäischen Währungssystems erlebt haben. Nun wird man sagen, aber innerhalb des Währungssystems gibt es ja gar keine Währungen. Das ist richtig. Und weil es keine Währungen innerhalb des Währungssystems gibt, muss man dafür sorgen, dass sich dann die sogenannten Lohnstückkosten an einer gemeinsamen Formel ausrichten. Wenn nämlich ohne die Möglich-

keit einer Abwertung oder einer Aufwertung ein Land Lohnzurückhaltung betreibt, bringt es auf Dauer die Mitgliedsländer der Währungsunion in eine untragbare Situation. Das ist, wie oben ausführlich dargestellt, der Kern des Problems im Europäischen Währungssystem.

Im internationalen Kontext hat die Regel, wonach der reale Wechselkurs zwischen Nationen konstant sein sollte, einen weiteren unschätzbaren Vorteil. Weil die Inflationsdifferenzen zwischen den Ländern normalerweise den Zinsdifferenzen entsprechen, würde die Währung eines Landes mit relativ hohen Zinsen ebenfalls regelmäßig abgewertet. Das wiederum würde den entscheidenden Mechanismus des carry trade, der in den vergangenen Jahren das Weltwährungssystem aus den Fugen gebracht und ganze Länder in den Abgrund gestürzt hat, mit einem Schlag beseitigen. Denn der Gewinn durch Zinsarbitrage würde durch die Wechselkursanpassung vollständig aufgezehrt. Wenn Island, das sehr hohe Zinsen wegen sehr hoher Inflation hatte, seine Währung hätte regelmäßig abwerten müssen, wäre es niemals in die existenziellen Schwierigkeiten geraten, in die es während der Finanzkrise taumelte. Das Gleiche gilt für Ungarn und für viele andere Länder.

Es gibt also eine relativ einfache Lösung für zwei sehr schwierige Probleme. Dennoch weigern sich die Politiker der großen Industrienationen, darüber auch nur einen Augenblick nachzudenken. Das ist der größte internationale Skandal überhaupt. Die Politiker behaupten, sie wollten ein effizientes internationales Handelssystem und ein effizientes internationales Finanzsystem ohne Finanzkrisen, aber den einzigen und klar vorgezeichneten Weg dorthin wollen sie nicht einmal ansehen. Warum? Nun, auch hier ist es wieder die Ideologie der Ökonomen, der Markt habe immer recht, die am Ende eine Lösung verhindert. In der großen Schlacht um feste oder flexible Wechselkurse, die Ende der 60er- und Anfang der 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts ausgetragen wurde, hatten schließlich die Anhänger der vom Markt bestimmten Wechselkurse gewonnen. Aber trotz zahlloser Krisen und un-

glaublicher Verwerfungen durch das System der marktbestimmten Wechselkurse seitdem ist man auch nicht im Ansatz bereit, zuzugeben, dass damals der falsche Ansatz die Oberhand gewann.

Banken trennen von Zockerbuden

Jenseits des internationalen Rahmens waren die Vorschläge, die Präsident Obama zu Anfang des Jahres 2010 gemacht, aber leider nur in Ansätzen verwirklicht hat, vollkommen geeignet, die Finanzspekulation in Grenzen zu halten und das Bankensystem in seine der Volkswirtschaft dienende Funktion zurückzuzwingen. Nach diesem Vorschlag, der auf Paul Volcker, einen früheren amerikanischen Zentralbankpräsidenten, zurückgeht und nichts anderes als die Rückkehr zu einer Art »Glass-Steagall-Act« bedeutet, sind jene Aktivitäten, die Bank-Charakter im engeren Sinne haben, konsequent zu trennen von den Kasinoaktivitäten. Ersteres ist vor allem das Einlagengeschäft mit dem Publikum und das Kreditgeschäft mit Sachkapitalinvestoren.

Die Definition von »Bank« bei dieser Regulierungslösung ist einfach: Wer Einlagen des Publikums hält und deswegen im Krisenfall auch vom Staat gerettet wird und zudem Zugang zu der (zurzeit extrem billigen) Finanzierung durch die Notenbank hat, ist eine Bank. Solche Banken dürfen sich nicht an Spekulationsgeschäften im weitesten Sinne beteiligen. Das sind all solche Geschäfte, bei denen mit Anlagen gehandelt wird, die in einem Katalog spekulativer Anlagen aufgeführt sind. Solche spekulativen Anlagen werden bestimmt anhand der Entwicklung der Preise dieser Anlagen in einem Vergleich mehrerer Märkte. Stellt sich heraus, dass der Preis einer Anlage hoch korreliert ist mit den Preisen für eindeutig spekulative Anlagen wie Aktien oder bestimmte Rohstoffe oder Währungen, dürfen Banken mit solchen Papieren keine Geschäfte machen. Das gilt sowohl für das sogenannte Eigengeschäft als auch für Geschäfte, die die Bank für das Publikum ausführen will.

Banken dürfen darüber hinaus nur Kredite vergeben für Aktivitäten, die im Prinzip einen positiven gesellschaftlichen Ertrag er-

wirtschaften können. Damit sind wiederum ausgeschlossen alle Geschäfte, die national, regional oder weltweit einen Kasinocharakter tragen. Das sind also zum Beispiel Wetten auf bestimmte Ereignisse oder Wetten auf die Entwicklung eines Preises einer Vermögensanlage, die darauf ausgerichtet sind, von der kurzfristigen Preisentwicklung der Vermögensanlage zu profitieren, im Gegensatz zu solchen Anlagen, wo man auf die Rendite im Sinne einer Dividende hofft. Denn hier ist ein zusätzlicher Sachwert zu erwarten, selbst wenn auch Sachinvestitionen einmal fehlschlagen können. Solche Ausfälle treten aber gerade nicht in der Summe über alle Investitionsprojekte gleichzeitig auf.

Solche Institutionen, die all diese Wettaktivitäten durchführen, wie Hedgefonds oder die Teile der Banken, die heute unter Investmentbanking firmieren, dürfen weder Zugang zur Refinanzierung durch die Zentralbank noch Zugang zur Kreditvergabe der normalen Banken haben.

Albrecht Müller hat das vor kurzem sehr klar und zu Recht so beschrieben: »Wir nehmen es heute klaglos hin, dass die gleichen Banken, die von den Zentralbanken einschließlich der Europäischen Zentralbank fast zum Nulltarif mit Liquidität versorgt werden, mit genau dem Geld in die Kasinos zum Zocken gehen und sogar, wie wir es jetzt in Europa sehen, gegen die gleichen Staaten spekulieren, die sie mit dieser Liquidität ausgestattet haben.« (Nachdenkseiten.de vom 10. Mai 2010)

Der Staat in seiner Eigenschaft als Fiskus soll sich nach herrschender Meinung brav einreihen in die Schlange der Kreditsuchenden vor den Bankschaltern, obwohl er in seiner Eigenschaft als Zentralbank oberster Geldgeber ebendieser Banken ist, also quasi hinter dem Banktresen steht. Die scharfe Trennung von Fiskus und Zentralbank, die berühmte Unabhängigkeit der Zentralbank, gehört zu den wichtigsten Dogmen der Neoliberalen. Sie entspringt der Angst, ein Staat werde zur Finanzierung seiner Ausgaben grundsätzlich die Notenpresse anwerfen und beliebig auf Inflation setzen. Daher müsse man die Bürger schützen, indem man dem Fiskus die Rolle eines ganz normalen Kreditneh-

mers zuweise, der sich wie jedes private Unternehmen bei den Banken um Kredite zu »marktüblichen« Konditionen bemühen müsse. Dass es ganz andere Möglichkeiten gibt, ein rein inflationäres Verhalten des Fiskus zu verhindern, ohne dass der Fiskus in die Rolle eines Bankkunden gezwungen werden muss, wird geflissentlich übersehen. Dass sich gleichzeitig aber die Finanzmarktakteure dank der Finanzmarktliberalisierung die Möglichkeit verschafft haben, ihrerseits – noch dazu völlig legal – eine Hyperinflation bei bestimmten Preisen bewusst herbeizuführen und dadurch den Wert des allgemeinen Zahlungsmittels so zu diskreditieren, dass das gesamte Zahlungssystem zusammenzubrechen droht, das stört die Neoliberalen nicht. Das führt zu keinerlei Umdenken. Vielmehr wird der Zentralbank selbst Versagen vorgeworfen, wenn sie aus dem Zwiespalt zwischen Stützen der Realwirtschaft durch Nullzinspolitik und Bändigen der Spekulation durch Zinserhöhung keinen Ausweg findet. Der Fiskus mit der Hand an der Notenpresse ist das Schreckgespenst der Neoliberalen; eine kleine privilegierte Gruppe von Privaten mit der Hand an der Notenpresse, das ist nach neoliberaler Auffassung eben Marktwirtschaft.

Es ist auf Dauer nicht hinnehmbar, dass Banken vom Staat das Geld via Zentralbank zum Nulltarif bekommen und damit Staatsanleihen dieses Staates kaufen, die weit höhere Zinsen abwerfen. Wodurch sollte eine solche massive Subventionierung durch den Steuerzahler gerechtfertigt sein? Sie entspringt nur dem neoliberalen Dogma – das sich allerdings in den Verträgen von Maastricht niedergeschlagen hat –, wonach nur die Weisheit der »Märkte« den Staat daran hindert, das Geld zu verschleudern.

Warum kauft die Europäische Zentralbank nicht direkt Staatsanleihen, sondern nur über den Umweg der Refinanzierung der Banken? Gibt es dafür einen ernst zu nehmenden Grund? Nein, es gibt nur die alte Ideologie, dass solches Verhalten unweigerlich zur Inflation führt, weil Staaten unproduktiv wirtschaften. Wir dürfen uns auf Dauer aber nicht an das Verbot im Maastrichtvertrag halten, das aus einer anderen Zeit mit überzogener Infla-

tionsangst geboren wurde. In Zeiten der Krise des Bankwesens ist das gemeingefährlich.

Wenn die Finanzkrise etwas bewiesen hat, dann die Tatsache, dass Investmentbanker nicht mit Geld umgehen können und deswegen nicht mit billigem Zentralbankgeld ausgestattet werden dürfen. Wenn heute die Europäische Zentralbank begänne, den Staaten – selbst unter den gleichen quantitativen Restriktionen, wie sie von ihr für richtig gehalten werden, und beim gleichen Zins – direkt Staatsanleihen abzukaufen (was die USA und Großbritannien ohnehin schon vorgemacht haben), würde nicht nur Spekulation gegen diese Anleihen verhindert werden, sondern auch den Banken eine ganz erhebliche Menge an Spielmaterial weggenommen. Ungerechtfertigte Gewinne, die in diesen Tagen wieder gefeiert werden, würden ebenso verschwinden wie Boni und die Zinslast des Fiskus erheblich sinken. Die Gewinne der Banken sind nicht Ausdruck von großer Leistung, sondern Ausdruck einer privilegierten Position. Banken müssen zurück zu der schlichten Servicefunktion der Vergangenheit, nämlich der Verteilung des Geldes, das in einer Papiergeldwirtschaft nun mal ausschließlich direkt vom Staat kommt.

Insgesamt gesehen ist die langfristige Lösung der Finanzmarktprobleme nur in besserer Regulierung zu finden. Nur durch Regulierung, die konsequent darauf hinwirkt, dass die Banken ihre eigentliche Aufgabe wahrnehmen, kann man die Geldpolitik wieder in die Lage versetzen, eine geeignete Wirtschaftspolitik für Stabilität und Beschäftigung zu betreiben. Der verbreitete Glaube, man könne durch die Geldpolitik in Zukunft Blasen verhindern, ist grotesk. Dann müsste man mitten in einer Rezession oder Schwächephase anfangen, die Zinsen zu erhöhen, weil die Finanzmarktteilnehmer, wie oben beschrieben, einen Aufschwung vorwegnehmen, den es noch gar nicht gibt.

Teilhabe aller Menschen am gemeinsam erarbeiteten Fortschritt ermöglichen

Glaubt man unseren Politikern, auch denen auf der linken Seite des Spektrums, dann ist nichts so schwer, wie dafür zu sorgen, dass alle Menschen die Chance haben, am Fortschritt der Gesellschaft systematisch beteiligt zu werden. Gegen keine Idee gibt es mehr Vorbehalte, keine Idee ist stärker ideologisch vorbelastet als die Vorstellung, wenigstens die Gleichverteilung des Zuwachses an Produkten, also die Teilhabe am Fortschritt, sei ökonomisch ohne Weiteres durchzuhalten.

Doch das ist wiederum ein Trugbild, es ist nur die Folge der Tatsache, dass die Ökonomen uns ein systematisch falsches Bild vom Funktionieren einer Marktwirtschaft untergejubelt haben. In Wirklichkeit ist es genau andersherum. Nur wenn es gelingt, praktisch alle Menschen einzubeziehen in die Möglichkeiten, die neue Technik und neue Technologien schaffen, können wir den Übergang von einer Technologie in eine andere, von einer Struktur in die andere relativ reibungslos bewerkstelligen. Und das ist entscheidend dafür, dass die Masse der Bürger bereit ist, Demokratie und Marktwirtschaft langfristig mitzutragen.

Da das, wie ich oben gezeigt habe, genau zu den Zeiten des Wirtschaftswunders absolut selbstverständlich war, kann es nicht an der Marktwirtschaft als solcher liegen, wenn die Teilhabe der Menschen nicht jederzeit gewährleistet ist. Wenn man aber fragt, was wohl die Gründe dafür sein könnten, die Menschen heute nicht am Fortschritt zu beteiligen, wird es sehr schnell sehr vage. Üblicherweise werden dann einige wenige Argumente genannt, von denen jedoch nicht eines tragfähig ist. So sagt man, heute, ganz anders als noch vor 30 oder 40 Jahren, könne man den Produktivitätsfortschritt nicht mehr systematisch in höheren Löhnen weitergeben, weil die Welt sich geändert habe.

Üblicherweise werden an dieser Stelle die Chinesen als Sündenbock genannt. Weil China und andere Entwicklungsländer sich auf den Weg machen, so die Argumentation, unsere Technologie

nachzuahmen, könnten wir trotz neuer Technologie den Menschen den Ertrag dieser Technologie nicht mehr ausbezahlen. Wir müssen ja im Wettbewerb mit den Chinesen, die, pro Stunde oder pro Kopf gerechnet, sehr viel billiger sind als wir, mithalten, und das ginge nur, wenn wir nicht den gesamten Fortschritt an potenziellem Einkommen auch zu realem Einkommen machen.

Ich muss an dieser Stelle nicht im Einzelnen auf diese Argumente eingehen. In *Das Ende der Massenarbeitslosigkeit* haben Friederike Spiecker und ich gezeigt, dass diese Argumente falsch sind. Das Wichtigste noch einmal ganz kurz: Jedes Land, das mit anderen Ländern im Wettbewerb steht und über eine eigene Währung verfügt, muss davon ausgehen, dass der Wechselkurs der eigenen Währung über kurz oder lang das Verhältnis der Löhne zur Produktivität, Lohnstückkosten genannt, widerspiegelt.

Das heißt, jedes systematische Zurückbleiben der Löhne hinter der Produktivität in einem Land muss früher oder später zu einer Aufwertung der Währung dieses Landes führen, so dass sich der ursprüngliche Zustand im Verhältnis der Wettbewerbsfähigkeit der Länder wieder einstellt. Nur in einer Währungsgemeinschaft wie der Eurozone kann es passieren, dass ein Land mit dieser Art des Lohndumpings beziehungsweise des eigenen Gürtel-enger-Schnallens für eine etwas längere Zeit erfolgreich ist.

Doch auch dann kommt die Rechnung. Die Rechnung kommt, wie wir das in der europäischen Krise erleben, in Form von anderen Ländern, die ihre Schulden nicht mehr bedienen können oder wollen, weil sie von dem, der erfolgreich den Gürtel enger geschnallt hat, in eine ausweglose Situation manövriert worden sind. Wer Augen hat zu sehen, sieht das. Nur wer ideologisch verblendet ist, ist selbst in dieser Situation, zehn Jahre nachdem man mit diesem Irrsinn begonnen hat, unfähig zu sehen, was man damit angerichtet hat.

Jenseits dieser Argumentation wird es für die Verweigerer der Teilhabe schon eng. Üblicherweise kommt dann noch die geradezu läppische Phrase vom mobilen Kapital, das schließlich wandern könne, wohin es wolle, wenn man ihm nicht besonders gute

Bedingungen im Inland gäbe. Das aber ist unsinnig, weil man mit der Nichtteilhabe der Masse am Fortschritt gerade unattraktive Bedingungen schafft für die Verwertung des Kapitals. Wie oben gezeigt, der entscheidende Vorteil der Teilhabe ist, dass jederzeit die Nachfrage vorhanden ist, die man braucht, um die mit der neuen Technologie ausgerüsteten Maschinen auch auszulasten. Das aber ist das Entscheidende für die Produktion mit Kapital, dass die Maschinen, die der Unternehmer mit einigem Risiko kauft, auch ausgelastet werden können. Da systematisch auf das Ausland zu setzen, wie oben gezeigt, nicht funktioniert, ist man immer auf diese nationale Dimension zurückgeworfen. Wer auch das nicht sieht, wer nicht bereit ist anzuerkennen, dass weltweit die einzig erfolgreichen Phasen der Marktwirtschaft davon gekennzeichnet waren, dass die Menschen, die die Maschinen bedienten, auch zusammen mit den Maschinen ordentliches Geld verdienten, ist blind oder möchte gerne blind sein.

Hier liegt der entscheidende Zusammenhang. Strukturwandel, ob ausgelöst durch technologische Neuerungen, durch staatliche Umstrukturierung hin zu umweltkonformem Wachstum, durch das Hinzukommen neuer Produzenten auf dieser Welt, all dieser Strukturwandel kann nur vernünftig bewältigt werden, wenn die Einkommen jederzeit und überall auf der Welt entsprechend dem Fortschritt im Strukturwandel verteilt werden. Wohlgermerkt, obwohl es um Teilen geht, geht es hier nicht um Umverteilung, hier geht es innerhalb der Länder um systematische Gleichverteilung zwischen Arbeit und Kapital. Selbst wenn die Menschen von heute an systematisch am Fortschritt beteiligt würden, würde die bestehende Ungleichheit in Deutschland eingefroren. Selbst dann würde sich die Vermögensverteilung noch weiter zulasten der nicht Vermögenden verschieben, selbst dann würde die absolute Ungleichheit, also der absolute Abstand der Einkommen, noch größer werden. Das ist das Ungeheuerliche an dieser Vorstellung. Und dennoch ist diese Vorstellung die einzige, die man heute realistischerweise einfordern kann, die man aber auch einfordern muss, will man die Akzeptanz der Marktwirtschaft retten.

Da es seit 20 Jahren nicht mehr gelingt, diese Minimalbedingung für erfolgreiches Wirtschaften und die Kohärenz der Gesellschaft durchzusetzen, ist es illusionär zu glauben, es gebe bei den bestehenden Machtverhältnissen die Möglichkeit, etwas von der entstandenen Ungleichheit wieder zurückzufahren. Das gibt es nicht. In einer fernen Zukunft mögen sich die Machtverhältnisse wieder fundamental verschieben, für die nächsten Jahrzehnte ist dies nicht zu erwarten. Deswegen muss man das ökonomisch Notwendige einfordern, weil man mit dem aus vielen guten politischen Gründen Einforderbaren sowieso scheitern wird.

Stellen wir uns die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts vor, stellen wir uns vor, dass es tatsächlich gelungen sein könnte, alle Menschen am Produktivitätsfortschritt voll zu beteiligen, wo wäre das wirtschaftliche Problem? In dieser konkreten Utopie wäre Vollbeschäftigung möglich, die Inflationsrate niedrig, die Außenwirtschaftsbilanz ausgeglichen, und die Menschen hätten den Eindruck, dass unabhängig von den Ungerechtigkeiten der Vergangenheit, die riesige absolute Einkommens- und Vermögensdifferenzen geschaffen haben, von nun an ein gewisses Maß an Gerechtigkeit herrsche. Natürlich würden irgendwann, so wie es in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts der Fall war, die Tatsache der Vollbeschäftigung und die Tatsache der immer noch bestehenden Ungleichheit dazu führen, dass neue Verteilungskämpfe ausbrechen.

Aber kann es sein, dass wir, um mögliche Verteilungskämpfe im Jahre 2030 zu verhindern, versuchen, die Menschen heute in einer permanenten Angst zu halten, Angst um ihren Arbeitsplatz nämlich, die verhindert, dass sie das Selbstverständliche einfordern? Kann man sich vorstellen, dass, wenn es auch in den nächsten zehn bis 20 Jahren nicht gelingt, eine wirklich erfolgreiche wirtschaftswunderartige Entwicklung auf die Beine zu stellen, die Menschen noch bereit sind, die Lüge zu glauben, man müsse nur so weitermachen, dann wäre schon alles gut?

Ich glaube das nicht. Ich glaube vielmehr, dass die Fortsetzung der Lüge die Lüge irgendwann offensichtlich macht. Man mag

über 30 oder 40 Jahre, das heißt eine ganze Generation lang, immer das Gleiche erzählen, aber irgendwann wird wieder eine Generation nachwachsen, die kritisch und mutig genug ist, die Lüge als Lüge zu erkennen und zu benennen. Genau dann kommt man mit den üblichen Sprüchen und Erklärungen nicht mehr aus. Genau dann muss man Farbe bekennen und andere Lösungen anbieten. Wenn man das nicht tut, dann, das zeigt die Geschichte, neigen frustrierte Gesellschaften, solche also, die die Lüge nicht mehr ertragen können, dazu, extreme Wege zu gehen.

Nach dem Globalisierungswahn und dem Europäisierungswahn der letzten Jahrzehnte wird nach Lage der Dinge der extreme Weg nur nach rechts führen. In einer scheinbar von der Globalisierung bedrängten Nation, in der die sozialen Ungleichgewichte immer größer werden, gibt es einen naheliegenden Ausweg: Man verbindet eine neue nationale Idee mit einer neuen sozialen Idee, und man kann leicht das Spektrum der Möglichkeiten ermessen. Wer dann beide Adjektive zusammenfügt, braut ein besonders explosives Gemisch.

Die Schicksalsfrage der Nationen in diesem Jahrhundert wird genau die sein: Sind sie fähig, über den großen ideologischen Schatten zu springen, den das Unternehmertum und die herrschende Volkswirtschaftslehre hat entstehen lassen, um dahinter das einzig erfolgversprechende Modell zu finden? Oder werden sie sich unter dem Schatten wegduckend, werden die große Konfrontation um das richtige Gesellschaftsmodell auszusetzen versuchen, um schließlich dem Extremismus auf den Leim zu gehen?

Was Einkommen schafft, schafft Arbeit

Martin Walser hat in einer Kapitalismus-Serie der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, zu der ich auf Einladung von Frank Schirrmacher auch beigetragen habe (Schirrmacher, 2010), seine Version des Kapitalismus auf den alten Punkt gebracht, dass sozial ist, was Arbeit schafft. Ich habe dazu in *Gescheitert* alles Wichtige gesagt und will es hier nicht wiederholen. Doch so viel ist notwendig: Wir müssen es ernstnehmen, wenn unbedarfte Menschen, die sicher

nicht gekauft sind, glauben, dass das Handeln der Unternehmer nicht nur Gegenstand des Kapitalismus ist, sondern seine Richtschnur.

Wer den Teil zum Ganzen macht, macht nicht nur Vielfalt zu Einfalt. Er zerstört zugleich den Gedanken der Arbeitsteilung, der dem marktwirtschaftlichen System zugrunde liegt. Den Markt als Instrument der Gesellschaft zu verkürzen auf das Handeln der Unternehmer ist nicht nur falsch, es nimmt dem System die Legitimation, der Gesellschaft zu dienen. Nur weil sich angemessenes volkswirtschaftliches Denken von der Logik des Unternehmens emanzipiert, weil es eine Logik des Ganzen schafft, die der einzelwirtschaftlichen häufig diametral entgegensteht, schafft es die Legitimation für den Markt als Instrument.

Einzelwirtschaftliche und volkswirtschaftliche Logik widersprechen sich schon da, wo die Arbeitsteilung beginnt. Die Entscheidung eines Individuums, nicht mehr in Autarkie seinen Lebensunterhalt bestreiten zu wollen, sondern sich mit anderen auf einen Vertrag zu einigen, bei dem alle einen Vorteil haben und einen Anteil am Ganzen erhalten, der den Bestand des Systems und jedes einzelnen in ihm sichert, markiert diesen Punkt. Genau hier, bei der Entlohnung von Arbeit, wurde die arbeitsteilige Marktwirtschaft in den vergangenen 15 Jahren in Deutschland mehr als anderswo fundamental infrage gestellt.

Wohlgemerkt, man kann sich bei Vertragsfreiheit durchaus darauf einigen, unterschiedlich knappe Arbeit in absoluten Beträgen unterschiedlich hoch zu entlohnen. Bei der Dynamik des Systems aber kann man sich der unternehmerischen Sicht der Dinge nicht mehr anvertrauen. Hier kommt der Bruch: In einzelwirtschaftlicher Sicht kann man durch Gürtel-enger-Schnallen die Krise zu überwinden suchen. Gesamtwirtschaftlich ist das aussichtslos, weil immer und zwingend die Kosten des einen Unternehmens die Erträge eines anderen sind.

In einer Krise kann sich ein einzelnes Unternehmen mit seinen Mitarbeitern darauf verständigen, die Löhne zu senken, um Verluste zu vermindern, auch wenn die Arbeiter keinerlei Schuld an

der Krise tragen. Tut man das, dann steigt unmittelbar der Verlust der anderen Unternehmen um genau diesen Betrag, weil die Arbeiter weniger Einkommen erzielen und folglich weniger zum Ausgeben für Güter der anderen Unternehmen haben.

Gesamtwirtschaftlich gesehen ist es sinnlos, die Arbeiter dazu zu bewegen, auf die Teilhabe an den gemeinsam erarbeiteten Zuwächsen des Systems, den Produktivitätsfortschritt, zu verzichten, weil geringere Löhne immer unmittelbar weniger Nachfrage nach den von Kapital und Arbeit gemeinsam erarbeiteten Gütern bedeutet. Daher scheitert der Versuch, weniger Lohn zu zahlen, um »sozial« zu sein, systematisch an der inhärenten Logik der Marktwirtschaft, aber nicht an zu starken Gewerkschaften.

Selbst wenn es einem Land gelingen sollte, durch Lohnsenkung, also eigenes Unter-den-Verhältnissen-Leben, seine Situation kurzfristig zu verbessern, weil es gelingt, andere Länder dazu zu bewegen, über ihre Verhältnisse zu leben, ändert das die Verhältnisse nicht grundsätzlich. Wiederum siegt, wie an vielen Stellen dieses Buches dargelegt, die gesamtwirtschaftliche Logik. Weil der Verlierer im Standortwettbewerb seine Schulden nicht zurückzahlen kann und aus dem Wettbewerb ausscheidet, funktioniert das unternehmerische Denken am Ende wieder nicht.

Wirklicher Wettbewerb, man kann es nicht oft genug sagen, ist deshalb nicht Wetteifer darum, wer seinen Bürgern größeres Leid abverlangen kann, sondern ist Wettbewerb um Ideen für neue Produkte oder neue Produktionstechnologien. Das gilt allerdings nicht für Finanzmärkte. Weil Nullsummenspiele nichts produzieren, ist Kasinokapitalismus die explizite Aufkündigung des Versprechens, dass eine monetäre Marktwirtschaft dafür sorgt, dass die Ersparnisse des einzelnen und vor allem das Papiergeld des Staates seriös und damit produktiv verwendet werden.

So haben wir eine Gesellschaft geschaffen, in der der normale Mensch, der berühmte »kleine Mann«, gleich doppelt belogen und betrogen wird. Man gibt ihm mit fadenscheinigen Begründungen nicht den Anteil am Produktionserfolg, der ihm zusteht und der gebraucht wird, um die Produktion überhaupt erfolgreich

zu machen, und man belügt ihn hinsichtlich der Verwendung seiner Ersparnisse, die man zum Wetten benutzt, statt sie für produktive Investitionen einzusetzen.

Renten auf eine vernünftige Grundlage stellen

Damit sind wir bei der unendlichen Geschichte der Rente. Es tut mir leid: Ich kann hier nur wiederholen, was ich in *Gescheitert* und an vielen anderen Stellen schon beschrieben habe. Es gibt nichts wirklich Neues, nur dass die Hoffnung auf eine rationale Auseinandersetzung immer geringer wird. Hier war der Lobbyismus erfolgreicher als irgendwo, und die einzelwirtschaftliche Logik der Menschen bot gerade hier das perfekte Einfallstor. Gleichwohl muss man es wiederholen: Es gibt kein Ansparmodell für Renten. Alle Renten in allen Systemen dieser Welt werden immer aus dem laufenden Einkommen bezahlt. Die Finanzkrise hat aber gezeigt, wie gefährlich es ist, mehr und mehr Ersparnisse zu sammeln und sie windigen »Investmentbankern« zur Verwaltung anzuvertrauen. Das bestätigt aber nur, was wir schon immer wussten: Das Beste, was man mit seinem Geld machen kann, ist, es heute konsumtiv oder investiv auszugeben und einen gesellschaftlichen Vertrag zu schließen, der dafür sorgt, dass man wegen seiner Arbeit für die Gesellschaft – nicht wegen der Ersparnisse – eine vernünftige Rente erhält.

Deutschland leistet sich derzeit drei miteinander verbundene Rentendebatten, »Rente mit 67«, die aktuelle »Rentengarantie« und die noch immer währende »Demographiedebatte«, ohne dass die Politik auch nur in einer dieser Kontroversen über die relevanten Fragen redet. Wie ist das möglich? Das ist nur deswegen möglich, weil es keinen einzigen deutschen aktuell Verantwortung tragenden Politiker gibt, der die einzelwirtschaftliche Dimension einer dieser Fragen von der gesamtwirtschaftlichen unterscheiden kann.

Nehmen wir die Rente mit 67. Sie wird vertreten (und wurde von Müntefering als Arbeitsminister durchgepeitscht), weil jemand, der bis 67 arbeitet, natürlich die Gemeinschaft später mit

Rentenzahlungen belastet und folglich das Demographieproblem (also das Problem, dass die deutsche Gesellschaft über die Jahrzehnte altert) abmildert. So weit, so gut. Damit es dazu kommen kann, würde jeder Mensch mit einigermaßen gesundem Menschenverstand sagen, muss es aber offensichtlich genügend Arbeitsplätze geben, auf denen die Älteren arbeiten können, ohne dass die Jüngeren nach ihrer Ausbildung arbeitslos werden. Denn die formale Möglichkeit, länger zu arbeiten, reicht natürlich nicht, es müssen die Menschen tatsächlich länger arbeiten, damit die Sache einen Beitrag erbringen kann.

Eine Tatsache, die von niemandem bestritten wird, ist auch, dass die Menschen in Deutschland im Durchschnitt eine immer kürzere Zeit in ihrem Leben arbeiten, was offenbar daran liegt, dass viele Ältere keinen Arbeitsplatz mehr finden, wenn sie einmal arbeitslos geworden sind, und dass viele Firmen, zum Teil vom Staat unterstützt, sich der Älteren durch Frühverrentung entledigen. Das durchschnittliche Renteneintrittsalter liegt folglich weit unter 67 mit eindeutig fallender Tendenz in Zeiten hoher und steigender Arbeitslosigkeit.

Was folgt daraus? Nun, daraus folgt, dass man das faktische Renteneintrittsalter deutlich erhöhen muss, um die Rente mit 67 effektiv werden zu lassen. Das aber kann nur gelingen, wenn man es schafft, die Arbeitslosigkeit deutlich und dauerhaft zu verringern. Also muss der gute Rentenpolitiker vor allem da ansetzen, will er erfolgreich sein, und nicht an dem formalen Renteneintrittsalter. Wer formal das Renteneintrittsalter hoch setzt, de facto aber weit darunter bleibt, kürzt nur die zukünftigen Renten und erreicht sonst nichts.

Ähnlich läuft es mit der gegenwärtig heftig »diskutierten« Frage, ob man die Renten einfach festschreiben kann, wenn die Löhne fallen, obwohl das der von der Politik vor einigen Jahren beschlossenen Rentenanpassungsformel widerspricht. Hier verlaufen zwar die Frontlinien ganz anders, das Ergebnis ist aber wiederum, dass die eigentlich relevante Frage gar nicht diskutiert wird. Die Politik hat mit der Entscheidung, die Renten nicht nach

unten anzupassen, also eine absolute Rentenkürzung in den nächsten Jahren auszuschließen, in den Augen der »Rentenexperten« etwas Widersprüchliches getan, weil die Rentenanpassungsformel ja mit Blick auf die von ihnen dauernd beschworenen »demographischen Probleme« vorgenommen wurde. Folglich würde ein Aussetzen dieser Anpassung die Rente wieder weniger »demographiefest« machen.

Sicherlich hat bei der Entscheidung der Politik, die Rentenanpassung auszusetzen, der beginnende Wahlkampf eine Rolle gespielt. Als Ökonom und »Rentenexperte« müsste man aber auch zur Kenntnis nehmen, dass die absolute Verringerung des Einkommens einer großen Bevölkerungsgruppe in der schwersten Rezession seit 80 Jahren nicht ohne Probleme wäre. In einer Zeit, in der der Staat mit mehreren Konjunkturprogrammen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu stabilisieren versucht, kann es durchaus angemessen sein, einen Rückgang der Renten zu verhindern, Wahlkampf oder Rentenanpassungsformel hin oder her. Noch angemessener wäre es sogar, wenn der Staat mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln versuchen würde, das größere und hinter der Rentenkürzung stehende Problem zu vermeiden, die Tatsache nämlich, dass die Löhne vermutlich absolut sinken und die heimische Nachfrage weiter schwächen werden.

Doch das alles wird nicht ernsthaft diskutiert. Die Positionen stehen sich gegenüber, hier reine Wahlkampfpolitik, dort Rentenexpertenbedenken. Eine wirklich gesamtwirtschaftliche Perspektive fehlt, man vernachlässigt die gewaltige Gefahr einer Lohndeflation und ihre langfristigen Folgen, die auch und gerade im Hinblick auf die Entwicklung der Renten das Demographieproblem weit in den Schatten stellen könnte.

Die dritte Rentendebatte ist immer noch die alte über die Frage, wie man eine Rente demographiefest macht. Unter Rot-Grün wurde dazu die Rentenversicherung »modernisiert«. Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung mit einem Arbeitsminister namens Riester hat zu Beginn dieses Jahrtausends eine »Jahundertreform« bei der Rente gemacht und damit bestätigt, was

schon seit Jahren von Interessenvertretern und interessierten Wissenschaftlern in die Welt gesetzt worden war: dass nämlich die deutsche Rente nicht sicher sei. Damit wurde die völlig richtige Aussage, die gesetzliche Rente sei sicher, mit der einst der Arbeitsminister unter Helmut Kohl, Norbert Blüm, berühmt-berüchtigt geworden war, von Sozialdemokraten zurückgewiesen, und das wurde bis heute auch nicht widerrufen.

Die rot-grüne Regierung hatte sich zu einem einschneidenden Systemwechsel entschlossen, weil der Staat überfordert schien. Zum ersten Mal wurde private Vorsorge Teil der Alterssicherung in Deutschland. Dieser Gedanke wurde in einer zweiten Reform 2003 noch verstärkt.

Der Ausgangspunkt einer solchen Reform ist immer der gleiche: Weil abzusehen ist, so die Argumentation, dass die Deutschen immer älter werden, sei das in den 1950er Jahren eingeführte Umlageverfahren, der Generationenvertrag also, bei dem immer die heutige Generation für die Älteren aufkommt, nicht mehr haltbar. In diesem System lägen die Rentenbeiträge spätestens 2030 bei 26 Prozent (oder 2060, wie vor kurzem die Deutsche Bundesbank feststellte, die gesamten Sozialabgaben bei 50 Prozent im Vergleich zu 40 Prozent heute), und das sei weder für die Arbeitnehmer noch für die Unternehmen zumutbar.

Genau da wird die Rentenpolitik in Deutschland zum wirtschaftspolitisch gefährlichen Unfug. Die Grundvorstellung einer Kapitaldeckung, dass eine Volkswirtschaft für die Zukunft ansparen könne, ist nämlich fundamental falsch. Allerdings haben viele Gegner der Kapitaldeckung häufig den taktischen Fehler gemacht, sich auf viele Detailfragen einer solchen Rentenumstellung einzulassen, anstatt immer wieder auf diese eine Grundfrage zu kommen: Kann man erspartes Kapital (Geldkapital oder Geldvermögen, also den Saldo aus Einnahmen und Ausgaben jedes Haushalts oder Unternehmens) in die Zukunft transportieren? Die eindeutige Antwort: Nein, niemals, das Geldvermögen der Welt ist immer, in jeder Sekunde also, genau gleich Null.

Aber es ist in Wirklichkeit noch schlimmer: Der Versuch anzu-

sparen ist nicht nur zum Scheitern verurteilt, sondern schadet der Volkswirtschaft direkt dort, wo sie es wegen Alterung am dringendsten braucht, bei den Investitionen. Bei der Kapitaldeckung verzichtet der Arbeitnehmer nämlich schon in der Gegenwart auf mehr Konsum, um in 30 Jahren trotz der Alterung der Bevölkerung eine der heutigen vergleichbar hohe Rente zu erhalten. Er gibt daher sein gespartes Geld einer Bank oder einem Fonds. Was aber geschieht dann? Der Fonds leiht das Geld einem anonymen Schuldner. Der investiert das Geld in Sachanlagen und verspricht, in Zukunft Zinsen zu zahlen. Nur – und das ist der Knackpunkt – der Investor muss heute und morgen Gewinne machen, will er überleben und soll er später Zinsen zahlen können. Versucht eine große Gruppe der Volkswirtschaft heute jedoch, mehr zu sparen als vorher, sinkt die Chance aller Investoren, ordentliche Gewinne zu machen.

Kapitaldeckung behindert folglich die einzige Form des »Sparens«, die es für eine Volkswirtschaft insgesamt gibt, nämlich das Investieren in Sachkapital. Gelingt die Kapitaldeckung und steigt die Sparquote der Arbeitnehmer bei dem Versuch, Eigenvorsorge zu betreiben, sinken die Gewinne der Unternehmen, also deren »Sparen«. Das kostet unmittelbar Investitionen und Arbeitsplätze. Bleibt dagegen die Sparquote der Arbeitnehmer konstant, subventioniert man mit den staatlichen Hilfen lediglich einen Teil des bisherigen Sparens. Eine größere Vorsorge gibt es dann nicht einmal der Idee nach.

Mögen Interessenvertreter und Professoren auch gebetsmühlenartig das Gegenteil verkünden, es bleibt eine unumstößliche Wahrheit, dass eine Volkswirtschaft als Ganzes nicht Geld ansparen kann. Immer muss jemand hier und heute das angesparte Geld aufnehmen, sich also verschulden, um zu investieren, soll in Zukunft eine Zinszahlung möglich sein. Wenn es in 30 Jahren mehr Alte als Junge gibt, wird die wirtschaftliche Leistungskraft sinken und folglich weniger Zinserträge oder Rentenbeiträge hergeben. In Zukunft müssen daher in jedem System die Renten geringer oder der dann zu zahlende Rentenbeitrag größer sein.

Heute mehr zu sparen, erspart uns das nicht. Es mindert sogar unsere Chance, die Belastung mit einem hohen Einkommen erträglicher machen zu können.

Das zeigt, dass es in der Ökonomie nichts umsonst gibt. Es wäre das Schlaraffenland mit den gebratenen Tauben, wenn man mehr Geld sparen könnte, also auf Konsum heute verzichtete, und dennoch die Unternehmen fröhlich weiter investierten, als wäre nichts geschehen. Wenn das so wäre, bräuchten wir uns überhaupt keine Gedanken über das Investieren zu machen, weil die Unternehmen unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Situation immer genügend Zukunftsvorsorge betreiben.

Bezieht man den Staat mit ein, gilt grosso modo das Gleiche. Legen wir unser Geld zur Altersversorgung in Staatsanleihen an, statt es in die Rentenversicherung einzuzahlen, kann der Staat nur dann so viel Rentenzahlung leisten wie vorher, wenn er sich höher verschuldet. Die Kapitaldeckung ist dann nur eine teure, weil mit hohen Transaktionskosten verbundene Umlage. Gibt der Staat weniger Geld als vorher aus, kommt auch weniger Geld bei den Unternehmen an, mit den gleichen Folgen wie bei höherem Sparen der Privaten.

Wir sorgen durch das Sparen also gerade nicht für die Zukunft vor, sondern tun das Gegenteil. Die Volkswirtschaft als Ganzes kann nicht wie eine Kleinfamilie sparen. Sie kann kein Geldvermögen in die Zukunft transportieren, sondern nur Realkapital. Dessen Bildung wird aber durch den Versuch einer Gruppe, mehr Geldvermögen zu bilden, behindert. Damit erweist sich die ganze Debatte als Schimäre. Jede Rente ist kapitalgedeckt. Sie ist gedeckt von dem Sachkapital, das über Generationen aufgebaut wurde und genau zu dem Zeitpunkt Erträge abwirft, wo die Rente oder der Zins auf eine Anlage gezahlt werden soll. Eine andere Kapitaldeckung gibt es nicht. Wenn wir in 30 Jahren sehr viel mehr Rentner als Aktive im Vergleich zu heute haben und die Rentner eine gleich gute Absicherung wie heute genießen sollen, dann müssen wir das auf die eine oder andere Weise bezahlen.

Wir können die daraus entstehenden Lasten nur dadurch relati-

vieren, dass wir heute viel in Sachkapital investieren und folglich in 30 Jahren so reich sind, dass Unternehmen und Arbeitnehmer zusammen einen höheren Rentenbeitrag gut verkraften. Wollen wir es dennoch nicht bezahlen, müssen wir das mit den zukünftigen Rentnern ausmachen und ihnen erklären, dass sie mit weniger Rente im Vergleich zum Einkommen auskommen müssen als die heutigen Rentner, also trotz größeren Wohlstands relativ ärmer sein werden. Das ist eine Verteilungsfrage und – wie alle Verteilungsfragen – schwer befriedigend zu lösen. Heute den Menschen jedoch zu sagen, sie könnten diese Verteilungsfrage umgehen, indem sie ihre Groschen zusammenhalten, ist Scharlatanerie. Dass es gerade eine rot-grüne Regierung war, die den Arbeitnehmern diesen Humbug unterjubelte, ist tragisch.

Wettkampf der Nationen beenden

Die Schuld des Schuldners

Dieser Tage, in der großen Krise um Griechenland, kam es wieder zum Vorschein, was an anderer Stelle dieses Buches schon dargestellt wurde, dass nämlich der Wettkampf der Nationen mit keinem anderen Wettkampf zu vergleichen ist, d. h. überhaupt kein Wettkampf ist. Der für Wirtschaft und Finanzen zuständige Kommissar der Europäischen Kommission, Olli Rehn, hat es auf den schönen, aber vollkommen falschen Punkt gebracht: Er sagte nämlich, man könne von Deutschland nicht verlangen, weniger wettbewerbsfähig zu sein, genauso wenig wie man vom FC Barcelona verlangen könne, gegen schwächere Gegner schlecht zu spielen.

Das ist ungefähr das, was man tagtäglich in den Medien zu diesem Thema hört. Deutschland sei nun mal besser, es sei besser aufgestellt, es sei besser gerüstet sozusagen, um im Wettkampf der Nationen bestehen zu können. Griechenland dagegen, wo die Leute den ganzen Tag in der Sonne liegen, sei eben zum Bankrott verdammt.